



### **Liebe Leserinnen,**

*der diesjährige Frauentag war in zweierlei Hinsicht besonders. Erstmals in der Geschichte des Landes hat die SPD eine Spitzenkandidatin für die Landtagswahl nominiert, die die erste Ministerpräsidentin Sachsen-Anhalts werden könnte. Wir gratulieren sehr herzlich und freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf!*

*Der Frauentag 2015 wird aber auch in die Geschichte eingehen als der letzte Frauentag ohne gesetzliche Quote für die Vorstände und Aufsichtsräte der börsennotierten Unternehmen des Landes.*

*Ein aktuelles Thema bleibt leider auch die sexuelle Belästigung (am Arbeitsplatz), wie ihr im neuen Newsletter nachlesen könnt, weitere Themen sind u.a. die Unterstützung Alleinerziehender, das neue Landesprogramm und vieles mehr. Ich wünsche Euch viel Freude bei der Lektüre!*

**Eure Corinna Reinecke**

### **Katrin Budde als Spitzenkandidatin nominiert**

Auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD Sachsen-Anhalt am 08. März 2015 wurde Katrin Budde mit überwältigender Mehrheit zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2016 gewählt. Sie ist damit die erste Frau, die Ministerpräsidentin des Landes Sachsen-Anhalt werden könnte.



*Foto: Thomas Opp*

Anlässlich des Internationalen Frauentages betonte Budde, dass es im Bereich Gleichstellung nach wie vor Nachholbedarf gibt. „Es gibt zwar heute viele Frauen in Führungspositionen, aber selbstverständlich ist das noch lange nicht. Die Aufstiegschancen in diesem Land sind nach wie vor vom Geschlecht abhängig.“ So hätten Frauen zwar gleich gute oder oft auch bessere Berufs- und Bildungsabschlüsse als Männer, in der Arbeitswelt werden sie trotzdem oft abgehängt und auf gleichen Positionen im Schnitt schlechter bezahlt. „Hart ausgedrückt heißt das: Leistung zahlt sich für Frauen weniger aus“, sagte Budde. „Das ist eine strukturelle Diskriminierung. Die gehört abgeschafft.“

### **Landtag debattiert über Fälle sexueller Belästigung an der MLU**

An der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg wurden Studierende von Dozenten sexuell belästigt. Bekannt sind momentan insgesamt zehn Fälle an verschiedenen Fakultäten. Die Betroffenen beklagen die fehlende Aufarbeitung und den nur unzureichenden Schutz vor sexueller Belästigung oder Gewalt an der MLU. Das Bündnis gegen sexuelle Diskriminierung fordert politische Änderungen für mehr Klarheit und Transparenz zum Schutz von Betroffenen und eindeutigen Ansprechpartner\_innen, die die Studierenden kompetent und gewissenhaft beraten und unterstützen.

Aufgrund der aktuellen Vorfälle hat sich der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung des Landtages am 13. März im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema beschäftigt. Mehr als 40 Anzuhörende – darunter Rektoren, Gleichstellungsbeauftragte, Studentenvertretungen, Personalverantwortliche und externe Beratungsstellen – waren eingeladen, um die aktuelle Situation zu schildern.

Darin wurde der Eindruck bestätigt, dass der rechtliche Schutz gerade von Student\_innen innerhalb der universitären Strukturen offensichtlich unzureichend, mindestens aber nicht eindeutig geregelt ist. Daher ist es dringend geboten, den Schutz der Studierenden zu verbessern und im Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zu verankern.

**Equal Pay Day erst am 20.03.2015**

Frauen in Deutschland „verdienen“ in Deutschland durchschnittlich 22 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Sie müssen in diesem Jahr bis zum 20. März arbeiten, um in etwa das Einkommen erzielt zu haben, über das Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres verfügen. Damit ist die Bundesrepublik auch 2014 wieder das Schlusslicht in Europa geblieben, wenn es um die Entgeltgleichheit geht. Im EU-Durchschnitt verdienen Frauen 16,2 % weniger. Auch wenn der Lohnunterschied in Sachsen-Anhalt unter dem Bundesdurchschnitt liegt, ist er seit 2006 kontinuierlich gestiegen. Das ist nicht nur Grund zur Besorgnis, sondern auch Anlass für gesetzgeberische Schritte.

Nicht umsonst steht der Equal Pay Day in diesem Jahr unter dem Motto Transparenz. Transparente Bewertungsverfahren und Vergütungsstrukturen sind die zentrale Voraussetzung dafür, die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen. Nur wenn Frauen und Männer gleichermaßen wissen, was innerhalb ihres Unternehmens oder ihrer Branche in vergleichbarer Position verdient wird, können sie die eigenen Gehaltsforderungen überzeugend vertreten. Zudem müssen Arbeitgeber dann die Gehaltsunterschiede begründen.

**equal  
pay  
day, -**

initiiert von  
Business and Professional Women Germany e.V.  
Bild: [www.equalpayday.de](http://www.equalpayday.de)

**Alleinerziehende nicht im Stich lassen**

Familien in Deutschland sind auf eine bessere finanzielle Unterstützung angewiesen. Daher dringt die SPD darauf,



*Foto: [www.spd.de](http://www.spd.de)*

dass auch das Kindergeld, der Kinderzuschlag und der Freibetrag für die rund 2,7 Millionen Alleinerziehende in Deutschland deutlich erhöht werden. Der steuerliche Freibetrag für alleinerziehende Mütter und Väter soll die höheren Kosten auffangen, die ihnen im Alltag entstehen. Alleinerziehende machen mittlerweile 20 Prozent aller Familien in unserem Land aus.

Seit elf Jahren ist dieser Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende jedoch unverändert. Deshalb haben CDU/CSU und SPD gemeinsam im Koalitionsvertrag beschlossen, diesen Beitrag anzuheben. Denn Alleinerziehende und ihre Kinder müssen besonders viel leisten, um ihren Alltag zu meistern. Nun hat das Bundesfinanzministerium allerdings einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Alleinerziehende leer ausgehen lässt. Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers beschränkt sich bisher auf eine verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages und des Kinderfreibetrages, eine geringe Anhebung des Kindergeldes um insgesamt sechs Euro sowie eine Erhöhung des Kinderzuschlags um 20 Euro. Das ist ein Schlag ins Gesicht ausgerechnet jener Familien, die ohnehin die größten Belastungen zu schultern haben. Gemeinsam mit Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig wird die SPD darauf bestehen, dass auch Alleinerziehende künftig mehr Geld erhalten, denn Die anstehende Erhöhung der Familienleistungen muss allen Kindern und Eltern zugutekommen – nicht nur der traditionellen Vater-Mutter-Kind-Familie.

**Themenjahr: Gleiches****Recht. Jedes Geschlecht.**

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat ihr aktuelles Themenjahr gestartet. Unter dem Motto: "Gleiches Recht. Jedes Geschlecht." werden Aspekte der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts im Mittelpunkt stehen. Neben der Bekämpfung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, sollen die Diskriminierung von Frauen in prekären und illegalen Jobs, die Situation von trans\* und intersexuellen Menschen am Arbeitsmarkt und die Entgeltungleichheit sowie Diskriminierungsrisiken von Männern im Themenjahr eine Rolle spielen.

## Frauenquote für Führungspositionen beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat am 6. März den Gesetzentwurf der Bundesregierung für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst angenommen. Damit wird eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent für Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab dem Jahr 2016 neu besetzt werden, eingeführt. Ab 2018 soll der Frauenanteil auf 50 Prozent erhöht werden. Börsennotierte sowie mitbestimmungspflichtige Unternehmen werden verpflichtet, ab 30. September 2015 verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung des Frauenanteils im Aufsichtsrat, im Vorstand und in



Bild: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

den obersten Management-Ebenen festzulegen. Die gesetzlichen Regelungen für den öffentlichen Dienst des Bundes werden novelliert, wobei im Wesentlichen die Vorgaben zur Geschlechterquote und zur Festlegung von Zielgrößen in der Privatwirtschaft widerspiegelt werden. „Endlich wird es mehr Gleichberechtigung für Frauen und Männer geben“, kommentierte Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig die Entscheidung im Bundestag. „Das ist historisch – denn seit über 30 Jahren wird darüber diskutiert. Wir haben durchgesetzt, dass die Parität als Prinzip dieses Gesetzes erhalten bleibt.“

## Landesprogramm für mehr Gleichstellung

200 konkrete Maßnahmen für mehr Gleichstellung von Männern und Frauen in Sachsen-Anhalt umfasst das neue „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“. Es ist Resultat einer intensiven Zusammenarbeit zwischen mehr als 100 zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen, den obersten Landesbehörden und engagierten Abgeordneten. „Ohne ihr Engagement und ohne ihre Fachkenntnis könnten wir heute nicht auf ein Landesprogramm blicken, das tatsächlich einen Meilenstein in der Gleichstellungspolitik Sachsen-Anhalts darstellt.“, so Gleichstellungsministerin Prof. Angela Kolb. Das Landesprogramm wirke in alle Politik- und Gesellschaftsbereiche und beschreibe strukturelle Lösungsansätze. Umgesetzt werden müssten sie in gemeinsamer Verantwortung vieler Akteur\_innen. „Mit einem ressortübergreifenden Ansatz und Teamgeist können wir uns auf den Weg in ein tatsächlich geschlechtergerechteres Sachsen-Anhalt machen“, sagte Kolb.

## One Billion Rising 2015

Jede dritte Frau weltweit erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt: insgesamt sind das mehr als eine Milliarde Frauen und Mädchen (US-Zahl: One Billion), die täglich mit Gewalt konfrontiert werden. Die internationale Kampagne „One Billion Rising“ fordert ein Ende der Gewalt an Frauen sowie Gleichstellung und Gleichberechtigung und ruft dazu auf, am 14.02. gemeinsam und öffentlich zu tanzen und damit die eigene Solidarität und gemeinsame Kraft zu demonstrieren.

An dem Dance-Flashmob im Magdeburger Alle Center



Foto: Jens Rösler

beteiligten sich rund 500 Personen und tanzten zum Titelsong „Spreng die Ketten“ (engl.: Break the chain). Zur Teilnahme hatten auch die ASF Sachsen-Anhalt und die SPD Magdeburg aufgerufen.

**Aufklärung über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz**

Die Unwissenheit über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist hoch. Anlässlich des Themenjahres „Gleiches



Bild: [www.antidiskriminierungsstelle.de](http://www.antidiskriminierungsstelle.de)

Recht. Jedes Geschlecht“ veröffentlichte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine Umfrage, die aufzeigt, wie wenig Arbeitnehmer\_innen über ihre Rechte zum Schutz vor entsprechenden Übergriffen wissen. So hat mehr als die Hälfte der Befragten bereits sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt. Das Begriffsverständnis und das tatsächliche Erleben klaffen jedoch auseinander: Direkt nach sexueller Belästigung am Arbeitsplatz befragt, gaben 17 Prozent der Frauen und 7 Prozent der Männer an, diese bereits erlebt zu haben.

Die Forscher\_innen fragten zusätzlich nach den im Gesetzestext definierten Tatbeständen wie „unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten“, „unerwünschte sexuelle Handlungen und Aufforderungen zu diesen“, „sexuell bestimmte körperliche Be-

rührungen“, „Bemerkungen mit sexuellem Inhalt oder „Anbringen von pornografischen Darstellungen“. Hier gaben 52 Prozent der Befragten (49 Prozent Frauen, 56 Prozent Männer) an, dies bereits erlebt zu haben. Insgesamt erleben Frauen häufiger physische Belästigungen, Männer verbale. Sowohl Männer als auch Frauen erlebten diese Belästigungen am häufigsten durch Männer.

Dass Arbeitgeber\_innen gesetzlich dazu verpflichtet sind, Beschäftigte aktiv am Arbeitsplatz vor sexuellen Belästigungen zu schützen, wissen 81 Prozent der Befragten nicht. Mehr als 70 Prozent kennen zudem keine Ansprechperson für dieses Thema in ihrem Betrieb. „Sexuelle Belästigungen können traumatische Folgen für die Betroffenen haben – nicht zuletzt deshalb sind die Arbeitgeber gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Mitarbeitenden zu schützen. Dass die Beschäftigten so wenig über ihre Rechte aufgeklärt sind, ist ein unhaltbarer Zustand“, so Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle.

Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung sollen in die Arbeit einer Kommission einfließen, die unter Vorsitz des früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, und der Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Prof. Jutta Allmendinger geleitet wird. Die Kommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Tarifpartner und der Zivilgesellschaft zusammen. Ziel ist es, bis Ende des Jahres konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik zu erarbeiten.

**Impressum:**

**V.i.S.d.P.:** Corinna Reinecke  
Redaktion: Sarah Schulze  
SPD-Landesgeschäftsstelle,  
ASF-Landesverband  
Bürgerstraße 1,  
39104 Magdeburg

**Termine:**

**20.03.2015:** Equal Pay Day  
**28.03.2015, 10:00 - 12:00 Uhr:** Fachgespräch zum aktuellen Stand zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), Volksbad Buckau, Magdeburg. Anmeldung über: [info@landesfrauenrat.de](mailto:info@landesfrauenrat.de), 0391/ 61196141  
**07.04.2015, 18:00 Uhr:** ASF-Landesvorstand, Magdeburg  
**17.04.2015, 10:00 -16:00 Uhr:** Tagung: Chancen.Gleich.Gestalten. – Engagiert für ein GeschlechterGerechtes Sachsen-Anhalt, IHK Bildungsakademie MD  
**29.05.2015, 17:00 Uhr:** ASF-Landeskonferenz mit Vorstandswahl, Ernst-Reuter-Haus, Bürgerstraße 1, 39104 Magdeburg